

## **Demokratie Monitor 2024**

Erste Ergebnisse, Pressekonferenz am 18.12.2024

Seit 2018 untersucht der Demokratie Monitor einmal pro Jahr, was die Menschen über das politische System in Österreich und die Demokratie im Allgemeinen denken. Die diesjährige repräsentative Befragung von 2.007 Menschen ab 16 Jahren fand zwischen dem 25. Oktober und 22. November statt. Die Hälfte der Teilnehmer:innen wurde auch zwischen dem 06. und 28. August befragt – für 1.000 Befragte stehen also Daten von sowohl vor als auch nach der Nationalratswahl 2024 zur Verfügung.

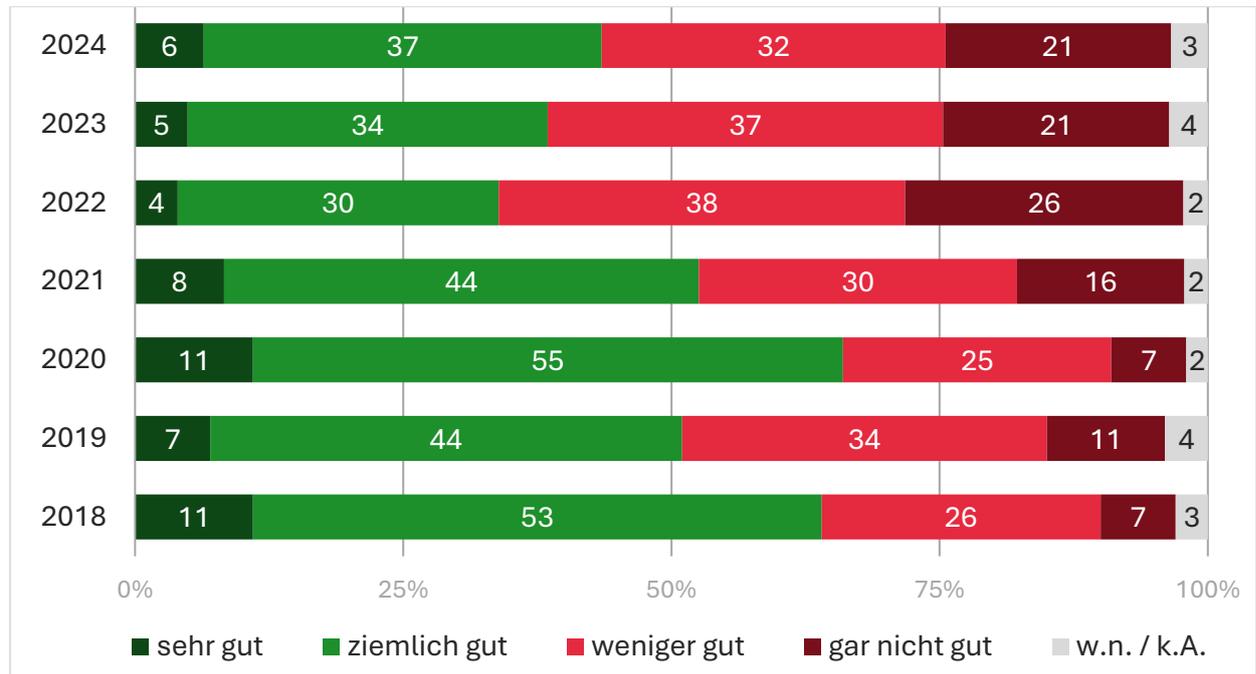
### **Zufriedenheit mit dem politischen System angestiegen**

Derzeit denken 43% der Menschen, dass das politische System in Österreich gut funktioniert – das sind um vier Prozentpunkte mehr als vor einem Jahr. Die Zufriedenheit ist damit zum zweiten Mal hintereinander angestiegen und liegt nun wieder deutlich über ihrem bislang geringsten Wert aus dem Jahr 2022:

Damals, nach zweieinhalb Jahren Pandemie, der Rückkehr des Krieges nach Europa und infolge der steigenden Inflation waren nur mehr 34% der Menschen von der Funktionsfähigkeit des politischen Systems überzeugt. Dem Ausgangswert von 2018 (64%) hinkt die aktuelle Einschätzung jedoch nach wie vor hinterher.

Die globale Bewertung des politischen Systems hat sich außerdem durch die Nationalratswahl nicht verändert: Davor (August 2024) waren ebenso viele Menschen von seiner Funktionsfähigkeit überzeugt wie danach (Oktober/November 2024).

**Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?**



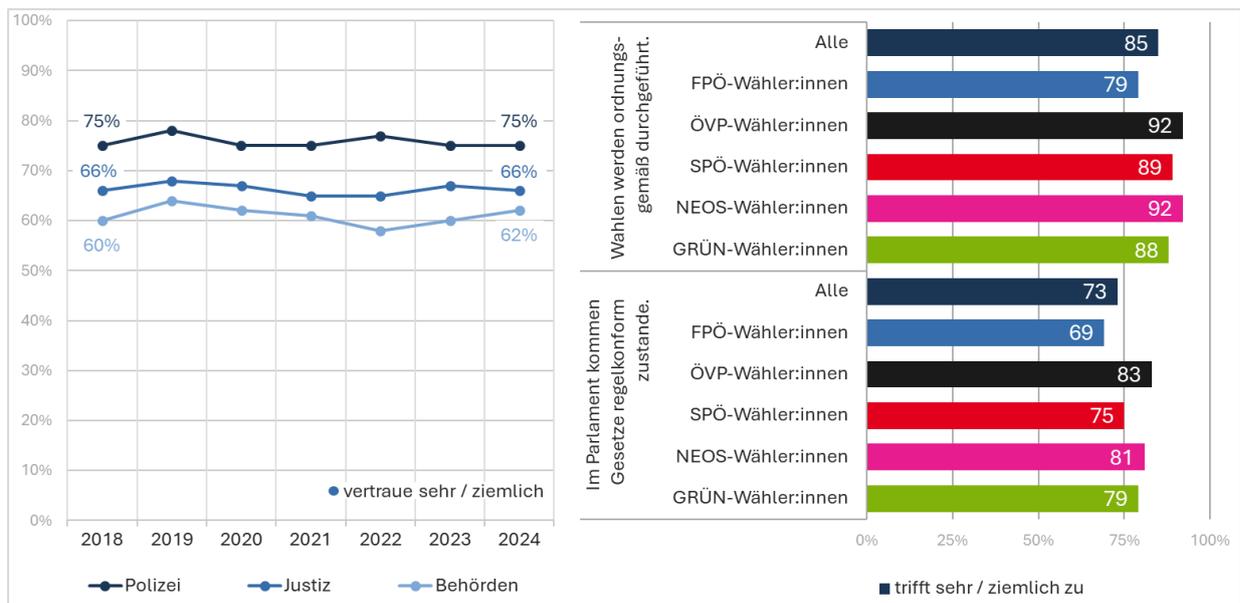
### Hohes Vertrauen in die Regeln und Praktiken der Demokratie

Demokratische Systeme bauen auf institutionalisierte Regeln und Praktiken, die staatliches Handeln verlässlich und rechenschaftspflichtig machen. Das Vertrauen in diesen Teil der Demokratie ist hoch und hat sich über die Jahre hinweg nicht verändert. Auch derzeit vertrauen 62% der Menschen der Verwaltung, 66% der Justiz und 75% der Polizei. Für das Prozedere von Wahlen und Gesetzgebung gilt ähnliches: 85% der Menschen sind davon überzeugt, dass in Österreich Wahlen ordnungsgemäß durchgeführt werden und 73% denken, dass unsere Gesetze regelkonform zustande kommen. Dem Verfassungsgerichtshof als oberstem Hüter dieser Gesetze vertrauen 77% der Menschen.

Das Vertrauen in die Regeln und Praktiken der Demokratie fällt nicht nur vergleichsweise hoch und stabil aus. Es zieht sich auch durch die gesamte Bevölkerung und ist relativ unabhängig von soziodemografischen Merkmalen oder Parteipräferenz<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Im Modell berücksichtigt wurden Geschlecht, Alter, Bildung, ökonomische Lage, Stadt/Land, Parteipräferenz.

## Vertrauen in Regeln und Praktiken

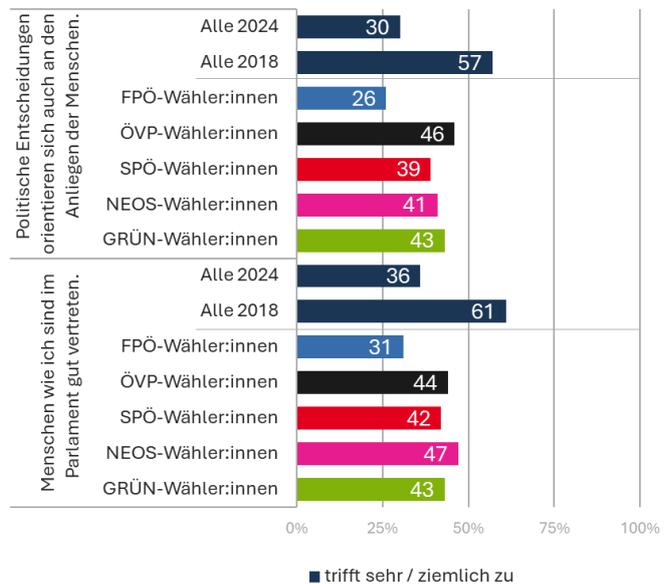
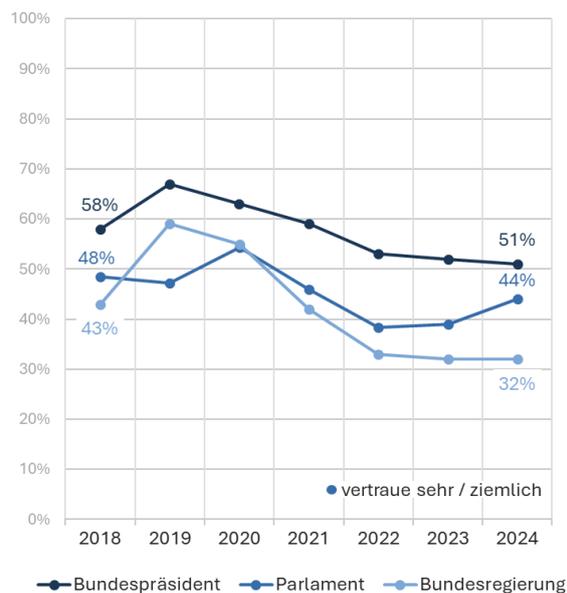


## Jedoch Zweifel am Versprechen demokratischer Mitsprache

Demokratie ist mehr als ein verlässliches Regelwerk – sie beinhaltet auch das Versprechen, bei wichtigen und alle betreffenden Entscheidungen mitsprechen zu können. In diesem Zusammenhang ist über die vergangenen Jahre hinweg eine Lücke entstanden. So sahen sich 2018 noch 61% der Menschen im Parlament gut vertreten, derzeit sind es 36%. Dass sich politische Entscheidungen auch nach den Anliegen der Bürger:innen richten, dachten 2018 wiederum 57%, aktuell sind es halb so viele (30%).

Mit Blick auf die Parteipräferenz sticht hervor, dass sich FPÖ-Wähler:innen im parlamentarischen Prozess seltener wiederfinden. Aber auch unter den Wähler:innen der anderen Parteien fühlt sich weniger als die Hälfte im Parlament gut vertreten. Die Nationalratswahl hat daran nichts geändert – die Repräsentationswahrnehmung der fünf Gruppen fällt nach der Wahl gleich aus wie zuvor.

## Vertrauen in Repräsentation und Mitsprache



## Parlament konnte Vertrauen zurückgewinnen

Zwischen 2020 und 2022 haben all jene Institutionen, die die politischen Anliegen der Bürger:innen vertreten, an Vertrauen verloren. Nun kann für das Parlament eine Trendumkehr festgehalten werden: Derzeit vertrauen 44% der Menschen dem Parlament, das sind um fünf Prozentpunkte mehr als vor einem Jahr. Auch dieser Anstieg wurde bereits vor der Nationalratswahl erfasst, das Vertrauen nach der Wahl verbleibt auf diesem Niveau.

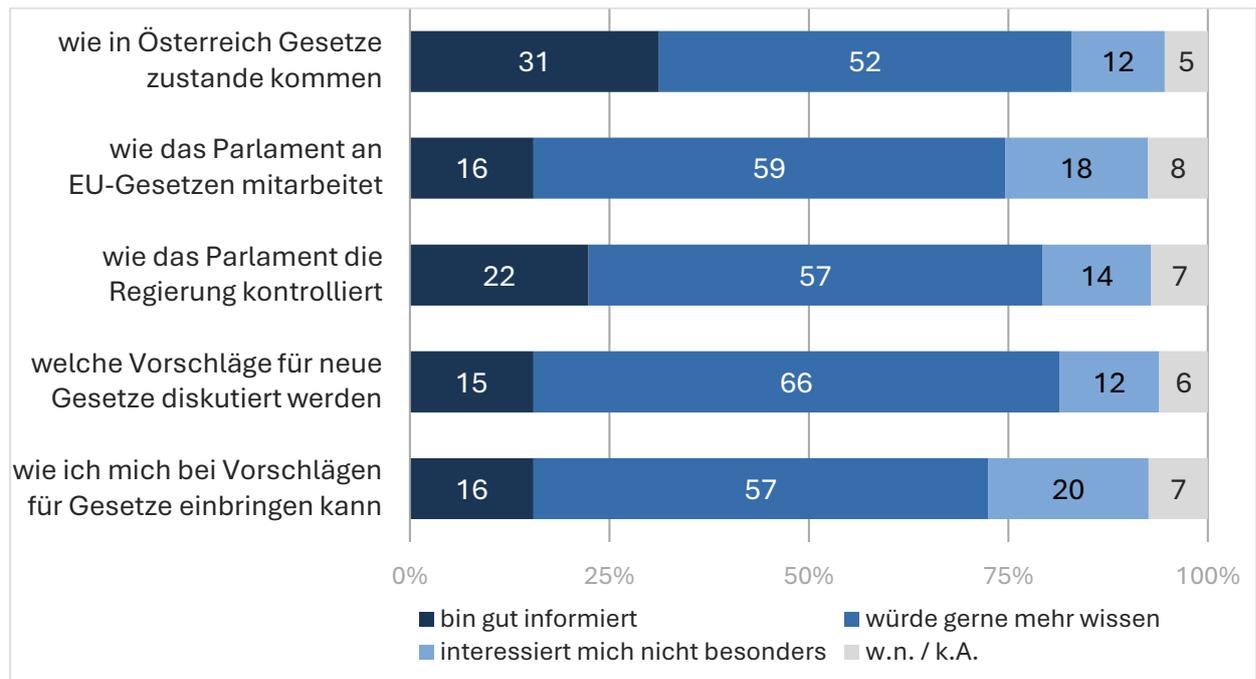
## Über die Arbeit des Parlaments wollen die Menschen mehr erfahren

Als Herzstück repräsentativer Demokratien kommt dem Parlament bei der Bewertung des politischen Systems eine gewichtige Rolle zu. Denken die Menschen, dass es bei der Gesetzgebung mit rechten Dingen zugeht und dass sich auch ihre Anliegen in den parlamentarischen Entscheidungsprozessen wiederfinden, sind sie mit dem politischen System insgesamt zufriedener. Was genau das Parlament nun aber macht? Das diesbezügliche Informationsbedürfnis ist groß:

Rund die Hälfte der Menschen (52%) möchte gerne mehr darüber wissen, wie in Österreich Gesetze zustande kommen. Und zwei Drittel (66%) wünschen sich mehr

Informationen darüber, welche Vorschläge für neue Gesetze gerade diskutiert werden. Der Wunsch nach mehr Information geht dabei quer durch die Bevölkerung und Parteipräferenzen<sup>2</sup>. So würden dann auch jeweils rund zwei Drittel der FPÖ-, ÖVP-, SPÖ-, NEOS- und GRÜN-Wähler:innen gerne mehr zu aktuellen Gesetzesvorschlägen erfahren.

### Wissen über die Arbeit des Parlaments



### Im oberen und mittleren Drittel steigt die Zufriedenheit mit dem politischen System, im unteren Drittel setzt sich ihr Sinkflug fort

Die Zufriedenheit mit dem politischen System wird nach wie vor am stärksten durch die ökonomische Lage bestimmt.<sup>3</sup> So denken derzeit 60% der Menschen im oberen und 48% der Menschen im mittleren Drittel, dass unser politisches System gut funktioniert – im unteren Drittel sind es im Vergleich dazu nur 21%.<sup>4</sup>

<sup>2</sup> Im Modell berücksichtigt wurden Geschlecht, Alter, Bildung, ökonomische Lage, Stadt/Land, Parteipräferenz.

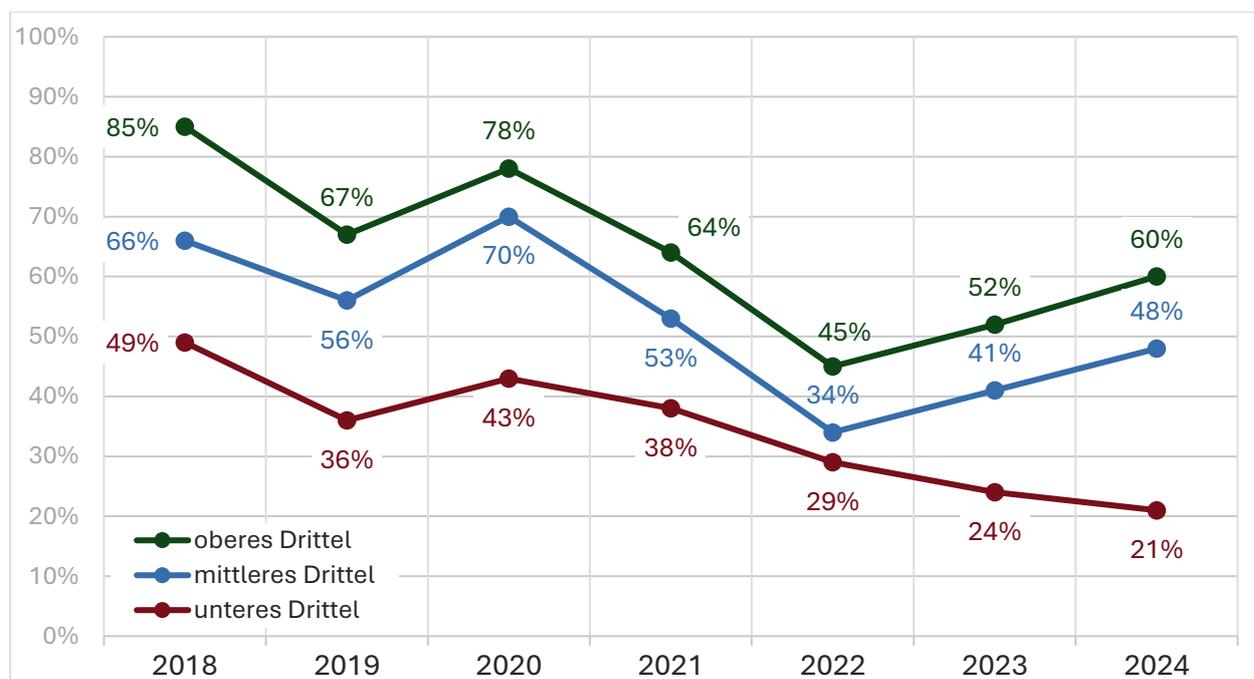
<sup>3</sup> Im Modell berücksichtigt wurden Geschlecht, Alter, Bildung, ökonomische Lage, Stadt/Land, Parteipräferenz.

<sup>4</sup> Die Drittel werden auf Basis des Äquivalenzeinkommens und der Einschätzung der finanziellen Absicherung für die Zukunft berechnet. Das Äquivalenzeinkommen ergibt sich aus dem Gesamteinkommen des Haushalts unter Berücksichtigung der Anzahl und des Alters der von diesem Einkommen lebenden Personen. Das untere Dritte verfügt über ein Äquivalenzeinkommen von unter 1600 Euro, das mittlere Drittel von unter 2200 Euro.

Der Zeitverlauf verweist in diesem Zusammenhang auch auf zwei gänzlich unterschiedliche Entwicklungen:

- In den mittleren und oberen Etagen der Gesellschaft hat sich die Zufriedenheit von 2020 auf 2022 halbiert, in den vergangenen zwei Jahren hat sie jedoch wieder deutlich zugelegt.
- Im unteren Drittel fällt die Zufriedenheit demgegenüber nicht nur über alle Erhebungsjahre hinweg geringer aus – seit 2020 sinkt sie auch noch kontinuierlich. So dachten im ersten Pandemiejahr (2020) noch 43% der Menschen im unteren Drittel, dass das politische System gut funktioniert, inzwischen sind es nur mehr halb so viele (21%).

**Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut? (*sehr + ziemlich gut*)**



Zwei Gründe hierfür wurden bereits in den vergangenen Monitoren festgehalten: Erstens ist das untere Drittel sowohl von den Folgen der Pandemie als auch von den Preissteigerungen am stärksten betroffen. Zweitens – und das betrifft bereits die Zeit vor 2020 – sind Erfahrungen von mangelnder Repräsentation im unteren Drittel, wo wenig Ressourcen, niedriger sozialer Status und geringe gesellschaftliche Anerkennung zusammentreffen, am weitesten verbreitet. So denken derzeit 56% der

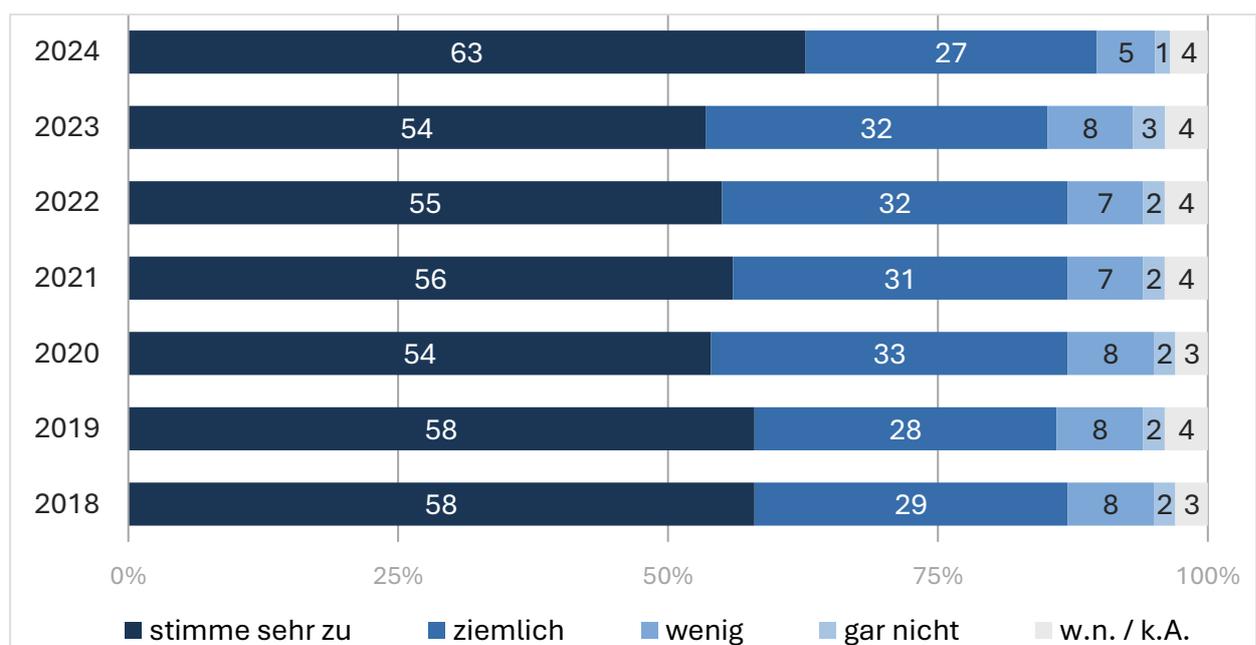
Menschen im oberen und 41% der Menschen im mittleren Drittel, dass sie im Parlament gut vertreten sind – im unteren Drittel sind es nur 19%.

Dies hinterlässt auch Spuren an der politischen Selbstwirksamkeit: Im unteren Drittel sind inzwischen nur mehr 22% davon überzeugt, mit politischer Beteiligung etwas bewirken zu können. Und trotz insgesamt höherer Wahlbeteiligung bei der Nationalratswahl 2024 berichten im unteren Drittel mit 40% ebenso viele Wahlberechtigte wie bereits 2019, ihre Stimme nicht abgegeben zu haben.

### Neun von zehn Menschen halten an der Demokratie als bester Staatsform fest

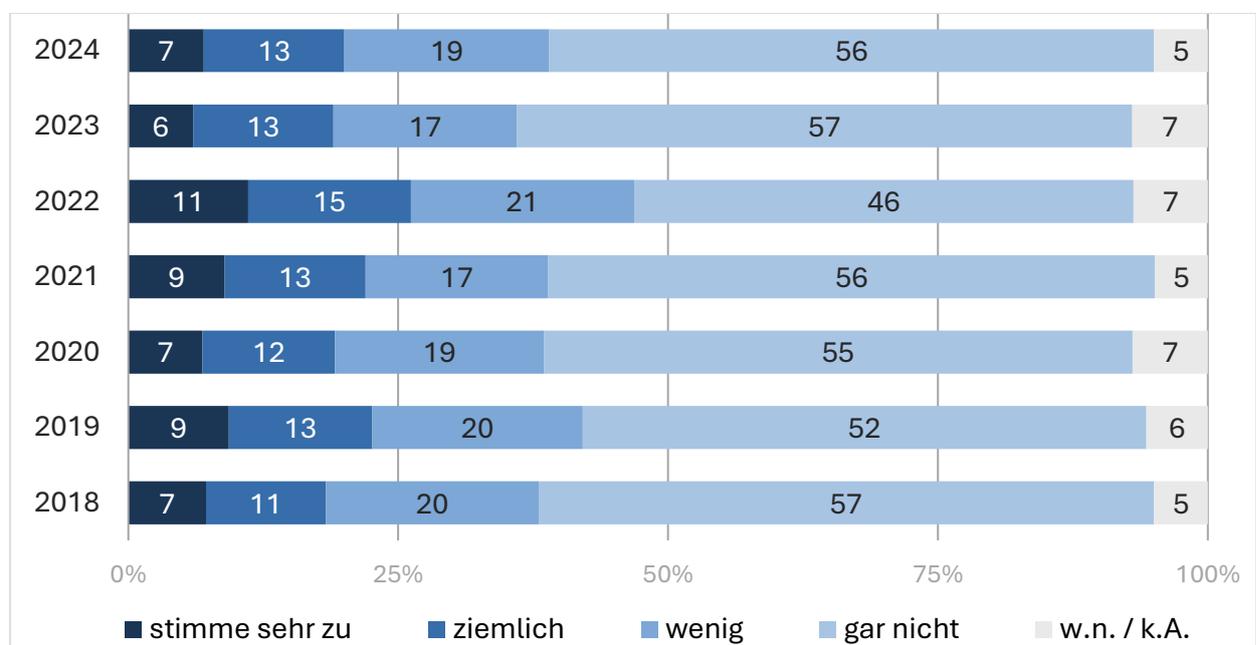
Während die Zufriedenheit mit dem politischen System Schwankungen unterliegt, bleibt die Haltung der Menschen zur Demokratie über die Jahre hinweg stabil: Derzeit denken 90%, dass die Demokratie – trotz mancher Probleme – die beste Staatsform ist. Dass dies um fünf Prozentpunkte mehr sind als in den Jahren zuvor sticht dabei weniger ins Auge als die veränderte Intensität der Zustimmung. So haben in den vergangenen Jahren jeweils rund 55% „sehr“ zugestimmt, dieses Jahr sind es 63%.

### Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.



Die gegenteilige Ansicht – dass es einen starken Führer geben sollte, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss, vertreten derzeit 20%. Abgesehen von einem vorübergehenden Anstieg im Jahr 2022 bleibt auch dieser Wert über die Zeit hinweg stabil. Der Blick in unterschiedliche Bevölkerungsgruppen<sup>5</sup> ergibt bislang ebenfalls keinen Hinweis darauf, dass die Demokratie in den vergangenen Jahren an Zustimmung verloren oder eine Diktatur Anhänger:innen gewonnen hätte. Dies gilt auch für das untere Drittel und für die FPÖ-Wähler:innen, deren Haltung zur Demokratie etwas negativer ausfällt, sich über die Zeit aber auch nicht verändert hat.

**Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.**



### 6 bis 8 Prozent der Bevölkerung mit konsistent antidemokratischer Haltung

Dass krisenhafte Ereignisse weniger Ursache, denn Katalysator für Radikalisierungsprozesse sind, zeigt auch der Demokratie Monitor. In diesem Zusammenhang berichten derzeit 8% der Menschen ein über sämtliche Fragen hinweg antidemokratisches Einstellungsmuster. Im Verlauf der Jahre schwankt dieser Anteil zwischen 6% und 8% und bleibt somit relativ konstant.

<sup>5</sup> Im Modell berücksichtigt wurden Geschlecht, Alter, Bildung, ökonomische Lage, Stadt/Land, Parteipräferenz.

Innerhalb dieser Gruppe hat mit dem Jahr 2021 aber eine Radikalisierung stattgefunden, die inzwischen als nachhaltig einzustufen ist:

Seit 2021 – und damit bereits zum vierten Mal hintereinander – fordert rund jede:r Dritte dieser 8%, sowohl die Rechte des Parlaments, die Unabhängigkeit der Justiz und die Versammlungsfreiheit als auch die Unabhängigkeit der Medien einzuschränken. Vor dem Jahr 2021 waren es noch halb so viele gewesen.

### Mehrheit setzt auf Stärkung der Demokratie

Die überwiegende Mehrzahl der Menschen in Österreich sieht das anders: Anknüpfend an bestehende Unzufriedenheiten und die aufgezeigte Repräsentationslücke setzen sie nicht auf weniger, sondern auf mehr Demokratie. So sprechen sich 61% von ihnen dafür aus, die Beteiligungsmöglichkeiten auszubauen. Dies geschieht jedoch nicht zulasten des Parlaments, dessen Rechte in ihrer derzeitigen Form zumindest erhalten (48%) oder sogar erweitert (38%) werden sollen. Auch das weit verbreitete Interesse an der Arbeit des Parlaments verweist trotz aktueller Entfremdungstendenzen auf eine grundlegende Wertschätzung der repräsentativen Demokratie.

### Soll die Regierung in Österreich die *Rechte des Parlaments* einschränken, ausbauen oder sollte alles so bleiben wie es ist?



**Kontakt & Rückfragen:**

Martina Zandonella

Mail: [mz@foresight.at](mailto:mz@foresight.at)

Tel: 01 / 585 33 44 - 44

**Eine breite Plattform:**

Der Demokratie Monitor wird von zahlreichen Institutionen und Unterstützer:innen getragen, denen unser Dank gilt:

- communication matters Kollmann & Hemmer GmbH
- GW Cosmetics GmbH
- Industriellenvereinigung
- Karl-Renner-Institut
- Merkur Taxaid Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs GmbH
- NEOS Lab
- Österreichischer Gewerkschaftsbund ÖGB
- Österreichischer Städtebund
- Zukunftsfonds der Republik Österreich

Wir danken außerdem unseren Kooperationspartnern:

- Parlament Österreich
- ORF

## Datengrundlage: Repräsentative Bevölkerungsbefragungen

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
<b>Grundgesamtheit</b>	in Österreich lebende Menschen ab 16 Jahren						
<b>Art der Befragung</b>	Telefon (CATI <sup>1</sup> )- und Online (CAWI <sup>2</sup> )-Interviews						
<b>Stichprobenziehung</b>	CATI: Zufallsstichprobe aus dem öffentlichen Telefonbuch & RLD <sup>3</sup> -generierte Telefonnummern CAWI: Ziehung aus dem offline rekrutierten Access-Panel						
<b>Stichprobe</b>	2.158 Befragte	2.185 Befragte	2.188 Befragte	2.003 Befragte	2.164 Befragte	2.081 Befragte	2.007 Befragte 1.000 im Panel
<b>Gewichtung</b>	Geschlecht, Alter, formale Bildung, Erwerbsstatus, Region, Stadt / Land						
<b>max. Schwankungsbreite</b>	+/- 2,1%	+/- 2,1%	+/- 2,1%	+/- 2,2%	+/- 2,1%	+/- 2,1%	+/- 2,2%
<b>Befragungszeitraum</b>	16.08. – 02.10.	12.08. – 30.09.	17.08. – 10.10.	13.08. – 06.10.	07.09. – 21.10.	30.08. – 12.10.	06.08. – 28.08. 25.10. – 22.11.
<b>Feldarbeit</b>	Jaksch Research GmbH, Linz						

<sup>1</sup> CATI: Computer Assisted Telephone Interview; <sup>2</sup> CAWI: Computer Assisted Web Interview.

<sup>3</sup> RLD: Random Last Digit, zufällige letzte Ziffer.

<sup>4</sup> Schwankungsbreite: Bereich um Stichprobenwert, innerhalb dessen der tatsächliche Wert in der Grundgesamt mit 95% Wahrscheinlichkeit liegt.